

Österreichs Industrie im Wandel

Wettbewerbsfähigkeit und Wertschöpfung unter Druck

Über die Studie

Die Studie wurde im Zeitraum vom 11. Jänner bis 31. Jänner 2024 durchgeführt. Teilgenommen haben 514 Vertreter:innen von Groß- sowie von Klein- und Mittelunternehmen (KMU) in Österreich, vorwiegend aus der Metalltechnischen Industrie, Elektro- und Elektronikindustrie, Holzindustrie, Chemischen Industrie, Bergwerke und Stahl, Stein- und keramischen Industrie, Glasindustrie, Papierindustrie, Produkte aus Papier und Karton, Bauteilindustrie, Fahrzeugindustrie, NE-Metallindustrie, Gas- und Wärmeversorgung, Mineralölindustrie, Nahrungs- und Genussmittelindustrie sowie Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie. Bei ausreichender Rückmeldung erfolgte eine Aufschlüsselung nach der Industrie.

40 % der Teilnehmer:innen stammen aus Großunternehmen, 32 % aus Mittelunternehmen und 28 % aus Kleinunternehmen. Die Unternehmensgröße folgt der KMU-Definition: Kleinunternehmen = 1 bis 49 Mitarbeitende, Mittelunternehmen = 50 bis 249 Mitarbeitende und Großunternehmen = 250 und mehr Mitarbeitende. 18 % der Großunternehmen weisen einen Umsatz von über 1 Mrd. EUR auf und 72 % einen Umsatz von 100 bis 1.000 Mio. EUR.

Die Prozentzahlen sind so gerundet, dass die Summe der Antworten jeweils 100 ergibt.

Impressum

Verantwortlich für die Studie: Deloitte Consulting GmbH und
Wirtschaftskammer Österreich
Autor:innen Deloitte: Josef El-Rayes, Clemens Huber, Anna Hundstorfer,
Christoph Obermair
Autor:innen WKO: Thomas Eibl, Claudia Huber, Peter Obinger
Grafik & Layout: Claudia Hussovits

Inhalt

Vorwort	05
Wichtigste Studienergebnisse in Kürze	06
Ergebnisse im Detail	08
Attraktivität des Industriestandorts Österreich stark unter Druck	09
Lieferketten bleiben beeinträchtigt	12
Erste Anzeichen von Produktionsverlagerungen	16
Im Fokus: Arbeitskosten, Bürokratie und Regulierung	21
Rahmenbedingungen für Industrie verbesserungsbedürftig	23
WKO-Handlungsempfehlungen für die Standortpolitik	26
Deloitte-Handlungsempfehlungen für Unternehmen	30
Autor:innen und Ansprechpartner:innen	34



Vorwort

Österreichs Industrie steht unter großem Druck.

Der globale Wettbewerb hat sich die letzten Jahre verschärft, dazu kommen internationale Handelskonflikte und Spannungen zwischen den großen Wirtschaftsblöcken. Gleichzeitig leidet die industrielle Wertschöpfung in Österreich unter den hohen Arbeits- und Energiekosten sowie zunehmender Bürokratie und gestiegenen regulatorischen Anforderungen.

Im Auftrag der Wirtschaftskammer Österreich (WKO) hat Deloitte mit einer Umfrage unter mehr als 500 WKO-Mitgliedsunternehmen aus allen Fachverbänden der Sparte Industrie die wichtigsten Herausforderungen erhoben, welche Österreichs Industrie beschäftigen. Die Ergebnisse der Studie sind eindeutig – wie auch die notwendigen Maßnahmen, die sich daraus ergeben. Die Wirtschaftskammer hat daraus konkrete Handlungsempfehlungen an die Politik abgeleitet. Das Team von Deloitte hat für die Unternehmen selbst Maßnahmen identifiziert, damit auch diese im Zeichen der „neuen Normalität“ weiterhin wettbewerbsfähig bleiben.

Wir bedanken uns bei allen Unternehmen, die an der Umfrage teilgenommen und ihre Einschätzungen geteilt haben.

Wichtigste Studienergebnisse in Kürze



74 %

**sehen die Gefahr einer
Deindustrialisierung
Österreichs.**

Attraktivität des Industriestandorts Österreich stark unter Druck

Mehr als die Hälfte (52 %) der befragten Industrieunternehmen sieht die Attraktivität Österreichs als Industriestandort deutlich schwinden – und drei Viertel schätzen die Gefahr, dass sich Österreich deindustrialisieren könnte, als stark (45 %) oder sehr stark (29 %) ein. Vor dem Hintergrund des verschärften globalen Wettbewerbs und des aktuellen Subventionswettlaufs, unter anderem mit den USA und China, betonen 40 % der Befragten, dass die EU deutlich aktiver werden sollte.



49 %

**sind durch Disruptionen
in den Lieferketten
beeinträchtigt.**

Lieferketten bleiben beeinträchtigt

Trotz der langsamen Entspannung der globalen Lieferkettensituation im Vergleich zu den letzten Jahren (unter anderem während der Zeit der Corona-Pandemie), stehen die Unternehmen in Österreich weiterhin unter Druck. Gut die Hälfte (49 %) der Befragten sieht derzeit eine moderate (33 %), starke (12 %) oder sehr starke (4 %) Beeinträchtigung ihrer Lieferketten. Knapp ein Drittel (30 %) erwartet kurzfristig eine tendenzielle Verschlechterung ihrer Lieferkettensituation. Als stärkste Beeinträchtigungen der Lieferketten werden die Rohstoffpreise/Inflation, die gestiegenen regulatorischen Anforderungen sowie die aktuelle Energiepolitik angesehen.



41 %

haben Teile ihrer Wertschöpfungskette in den letzten drei Jahren verlagert.

Erste Anzeichen von Produktionsverlagerungen

Großunternehmen haben schon weit stärker als KMU verlagert und planen in den nächsten zwei bis drei Jahren weitere Teile der Wertschöpfungskette ins Ausland zu verschieben. Betroffen sind dabei vor allem kostenintensive Teile, wie die Produktion im Allgemeinen (28 % der Befragten), die Bauteilfertigung (27 %) sowie die Vormontage (23 %). Neben anderen EU-Ländern und Asien werden zunehmend die USA als Zielland attraktiv. Als wichtigste Verlagerungsgründe erweisen sich geringere Arbeitskosten, weniger Bürokratie/Regulierung, der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften sowie eine niedrigere Steuer- und Abgabenbelastung.



78 %

sehen die Arbeitskosten als Grund für geplante Verlagerungen in andere Länder.

Im Fokus: Arbeitskosten, Bürokratie und Regulierung

Die hohen Arbeitskosten in Österreich sind für die große Mehrheit (78 %) der befragten Unternehmen (besonders für Großunternehmen) der wichtigste Faktor, der sie zu verstärkten Investitionen in andere Länder bewegt. Zwei Drittel (66 %) nennen an zweiter Stelle die Bürokratie/Regulierung als zentralen Verlagerungsgrund, wobei es hier keine wesentlichen Unterschiede nach Unternehmensgröße gibt. Der allgemeine Bürokratieaufwand für Unternehmen in Österreich ist hoch: 87 % der Befragten stellen eine Zunahme des zeitlichen Aufwands in den letzten drei Jahren fest und 85 % weisen gestiegene Kosten aus.



79 %

finden, dass eine vereinfachte Administration die Attraktivität des Industriestandorts Österreich erhöhen würde.

Rahmenbedingungen für Industrie verbesserungsbedürftig

Die große Mehrheit der Unternehmen findet, dass neben der Senkung der Lohnnebenkosten (88 % der Befragten) vor allem weniger Bürokratie und Vorschriften (79 %), wettbewerbsfähige Energiepreise (77 %) und steuerliche Entlastung (67 %) dazu beitragen könnten, den Industriestandort Österreich langfristig wettbewerbsfähig zu machen. Zusätzlich versprechen sich viele Befragte Vorteile für Österreich durch konzentrierte Maßnahmen auf EU-Ebene, etwa durch Schärfung der Instrumente zur Investitionsförderung, Bündelung der Gelder existierender europäischer Programme, Verankerung wichtiger Finanzierungsprogramme im EU-Haushalt sowie Vorantreiben eines Freihandelsabkommens mit den USA.

Ergebnisse im Detail

Attraktivität des Industriestandorts Österreich stark unter Druck

Die Stimmung in der österreichischen Industrie ist gemäß der aktuellen Umfrage aus dem Frühjahr 2024 stark getrübt, mit einem negativen Trend, was die Attraktivität des Industriestandorts Österreich für die nächsten drei Jahre betrifft (s. Abb. 1). Die große Mehrheit der befragten Industrieunternehmen befürchtet, dass die Attraktivität Österreichs im Vergleich zu anderen führenden Industriestandorten langfristig deutlich (52 %) oder etwas sinken (38 %) wird. Nur eine kleine Minderheit erwartet, dass die Attraktivität entweder gleich bleiben oder steigen dürfte. Mittel- und Großunternehmen sind grundsätzlich ein wenig pessimistischer eingestellt als Kleinunternehmen. Insbesondere Unternehmen aus der Holz- sowie Elektro- und Elektronikindustrie rechnen damit, dass die Attraktivität langfristig deutlich sinken wird. Eine Aufschlüsselung nach Bundesländern zeigt, dass ein Sinken der Attraktivität häufiger von Unternehmen aus Wien (59 %), der Steiermark (57 %) und Tirol (56 %) erwartet wird als in den anderen Bundesländern (Durchschnitt: 52 %).

Abb. 1 – Attraktivität des Industriestandorts Österreich

Frage: Wie wird sich die Attraktivität des Standorts Österreich im Vergleich zu anderen führenden Industriestandorten in den kommenden drei Jahren entwickeln?

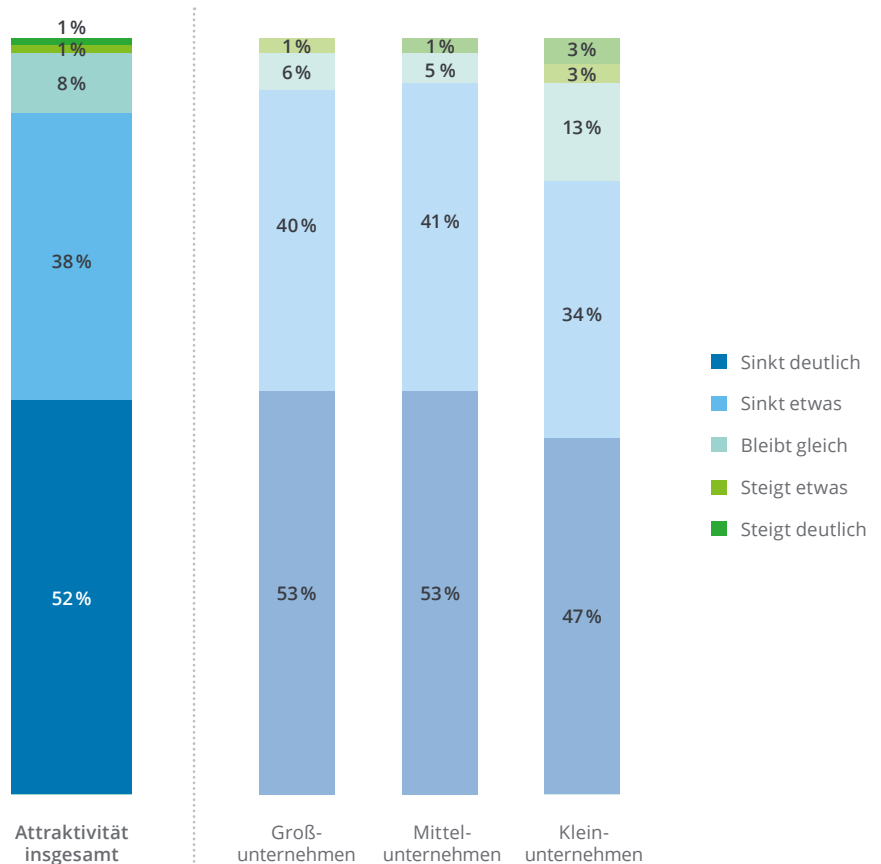
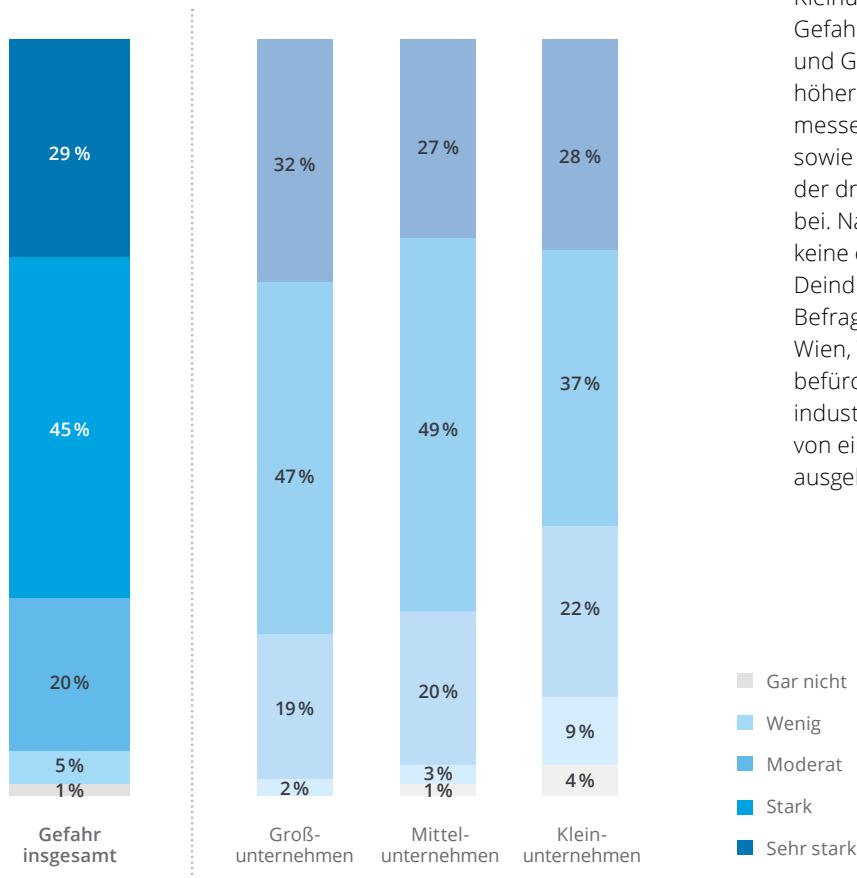
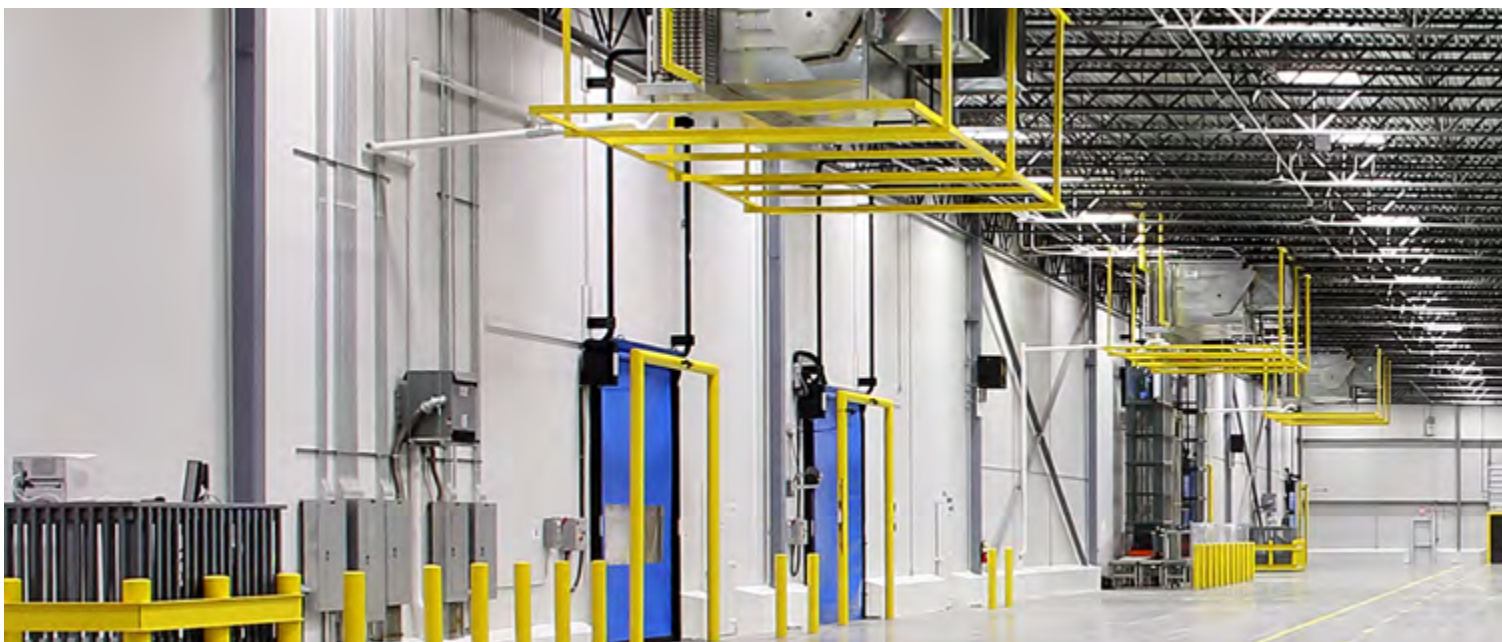


Abb. 2 – Gefahr der Deindustrialisierung in Österreich

Frage: Auf einer Skala von eins bis fünf, wie stark schätzen Sie die Gefahr ein, dass sich Österreich "deindustrialisiert"?



Ein ähnliches Bild zeichnet sich hinsichtlich der Deindustrialisierung ab: Drei Viertel der Befragten schätzen die Gefahr einer Deindustrialisierung Österreichs als stark (45 %) oder sehr stark (29 %) ein (s. Abb. 2). Kleinunternehmen empfinden diese Gefahr etwas weniger stark als Mittel- und Großunternehmen. Einen wesentlich höheren Stellenwert als andere Industrien messen die Holz-, Elektro- und Elektronik- sowie die Metalltechnische Industrie der drohenden Deindustrialisierung bei. Nach Bundesländern zeigt sich keine eindeutige Tendenz. Die stärkste Deindustrialisierungsgefahr wird von Befragten aus den Bundesländern Wien, Tirol und Niederösterreich befürchtet. Ein eindeutiges Muster, dass industriedominierte Bundesländer stärker von einer drohenden Deindustrialisierung ausgehen, ist nicht erkennbar.

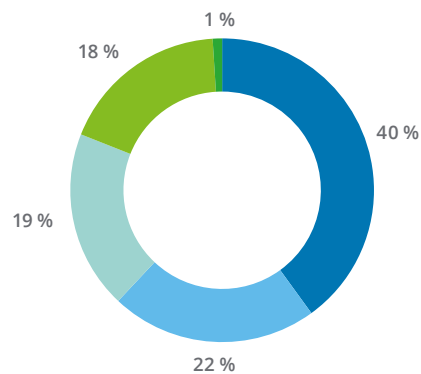


Die trüben Aussichten für Österreich werden auch im europäischen Kontext und vor dem Hintergrund eines verschärften globalen Wettbewerbs, mit zunehmenden internationalen Handelskonflikten und Spannungen zwischen den großen Wirtschaftsblöcken, deutlich.

Im aktuellen Subventionswettbewerb, unter anderem mit den USA und China, glaubt beispielsweise nur 1 % der befragten Unternehmen daran, dass sich Europa behaupten wird (s. Abb. 3). Eine Mehrheit von 40 % betont, dass die EU deutlich aktiver werden sollte. Großunternehmen fordern dies etwas stärker als KMU. Jeweils gut ein Fünftel aller Befragten bleibt jedoch pessimistisch und erwartet, dass der Standort Europa – und somit auch Österreich – im aktuellen Subventionswettbewerb kaum eine Chance haben wird oder der Ausgang zumindest ungewiss bleibt. Dabei zeigt sich, dass Kleinunternehmen bezüglich der Standortchancen eine pessimistischere Einstellung aufweisen als Mittel- und Großunternehmen, die tendenziell eine höhere Flexibilität bei der Wahl von Standorten haben.

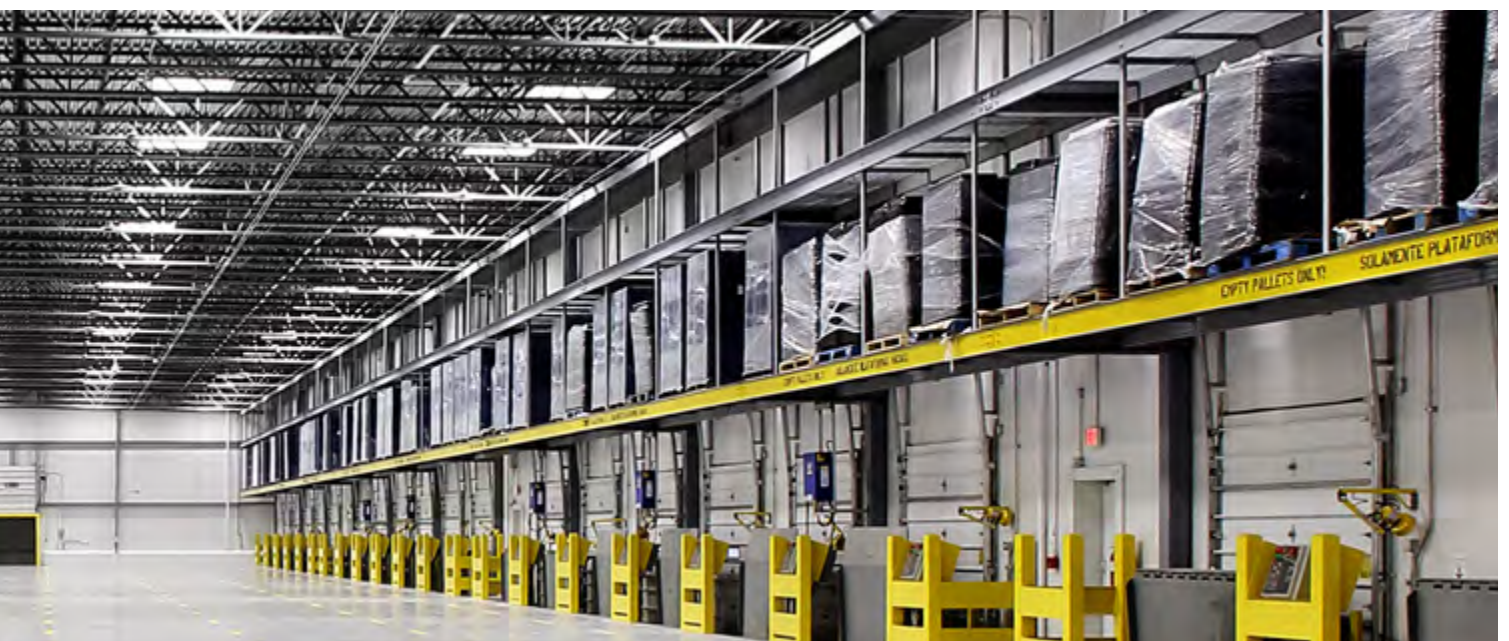
Abb. 3 – Zukunftsszenarien im Subventionswettbewerb

Frage: Welcher der folgenden Aussagen stimmen Sie am ehesten zu? Bitte wählen Sie eine Aussage aus.



Im aktuellen Subventionsverlauf u.a. mit den USA und China ...

- ... sollte die EU deutlich aktiver werden.
- ... hat der Standort Europa kaum eine Chance.
- ... sollte die EU nicht teilnehmen und sich auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen konzentrieren.
- ... ist der Ausgang für Europa ungewiss.
- ... wird Europa sich behaupten.



Lieferketten bleiben beeinträchtigt

Trotz der langsamen Entspannung der globalen Lieferkettensituation im Vergleich zur Zeit der Corona-Pandemie unterstreichen Einzelereignisse im letzten Jahr, wie die Angriffe auf Containerschiffe im Golf von Aden oder die eingeschränkte Schifffahrt im Panamakanal aufgrund extremer Trockenheit, dass die globalen Lieferketten auch zukünftig durch unerwartete Ereignisse unter Druck geraten können.

Gut die Hälfte (49 %) der befragten Industrieunternehmen in Österreich fühlt sich vor diesem Hintergrund moderat (33 %), stark (12 %) oder sehr stark (4 %) durch Disruptionen in ihren Lieferketten beeinträchtigt (s. Abb. 4). Zudem befürchtet eine größere Mehrheit (61 %), dass ihre Branche insgesamt noch stärker unter Störungen leiden wird. Die Textil-,

Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie, die Holz-, die Elektro- und Elektronikindustrie sowie die Chemische Industrie merken die Beeinträchtigung ihrer Branche weit stärker als andere Industrien. Dies mag damit zusammenhängen, dass diese Industrien hinsichtlich der benötigten Rohstoffe und Vorprodukte stark von globalen Lieferketten abhängig sind.

Die aktuelle Relevanz der andauernden Lieferkettenprobleme zeigt sich insbesondere darin, dass fast ein Drittel (30 %) der Befragten der Ansicht ist, das Risiko eines Ausfalls ihrer Lieferketten sei etwas (24 %) oder deutlich (6 %) gestiegen (s. Abb. 5). Dies ist ein fast gleich großer Anteil wie diejenigen, die das Ausfallrisiko entweder als sinkend (35 %) oder gleichbleibend (35 %) bewerten. Die Angst vor Unterbrechungen

und Ausfällen innerhalb der Lieferketten ist bei KMU größer als auf Seiten der Großunternehmen.

Bezüglich des Ausfallrisikos identifizieren die befragten Industrieunternehmen dabei weniger die Knappheit von Rohstoffen oder Bauteilen und Bauteilgruppen als Hauptproblem, sondern vielmehr Preisanstiege bei Rohstoffen und Vorprodukten. Mehr als die Hälfte (53 %) der Befragten gibt an, dass das Niveau der Einkaufspreise etwas (35 %) oder deutlich (18 %) gestiegen sei. Derartige Preisanstiege und ihre Auswirkungen auf die Lieferketten werden stärker von der Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie, der Holzindustrie sowie der Nahrungs- und Genussmittelindustrie festgestellt als von den anderen Industrien.



Abb. 4 – Beeinträchtigung durch Lieferkettenprobleme

Frage: Auf einer Skala von eins bis fünf, wie stark beeinträchtigen Lieferkettenprobleme aktuell Ihr Unternehmen und Ihre Branche?

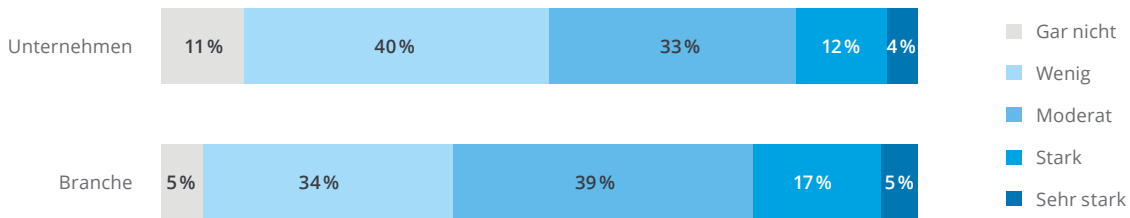
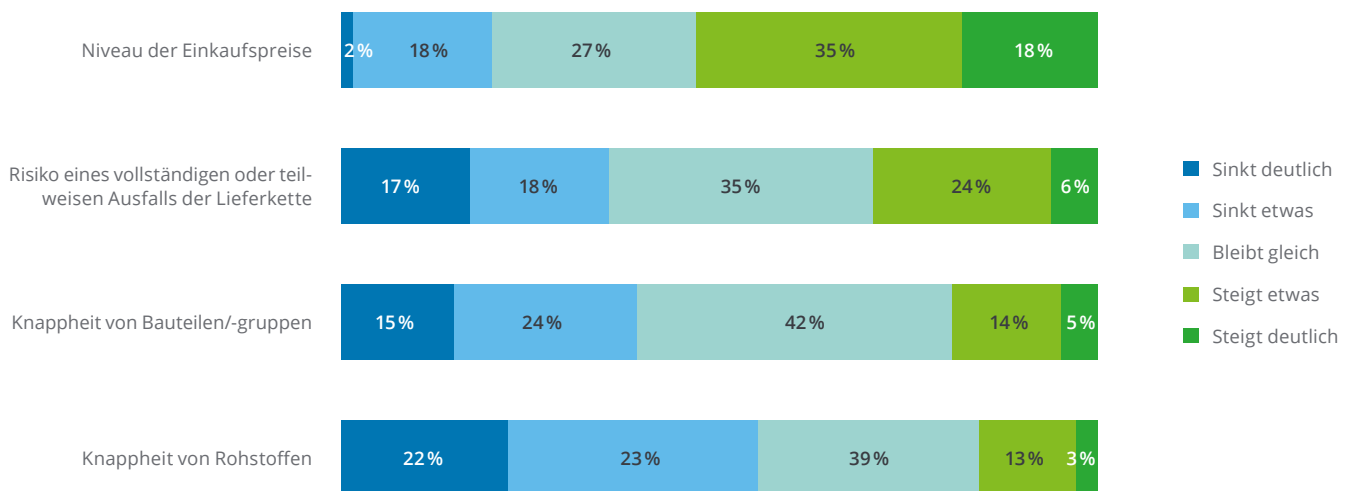


Abb. 5 – Aktuelle Risikobereiche

Frage: Wie wirken sich die Lieferkettenprobleme aktuell auf folgende Bereiche in Ihrem Unternehmen aus?

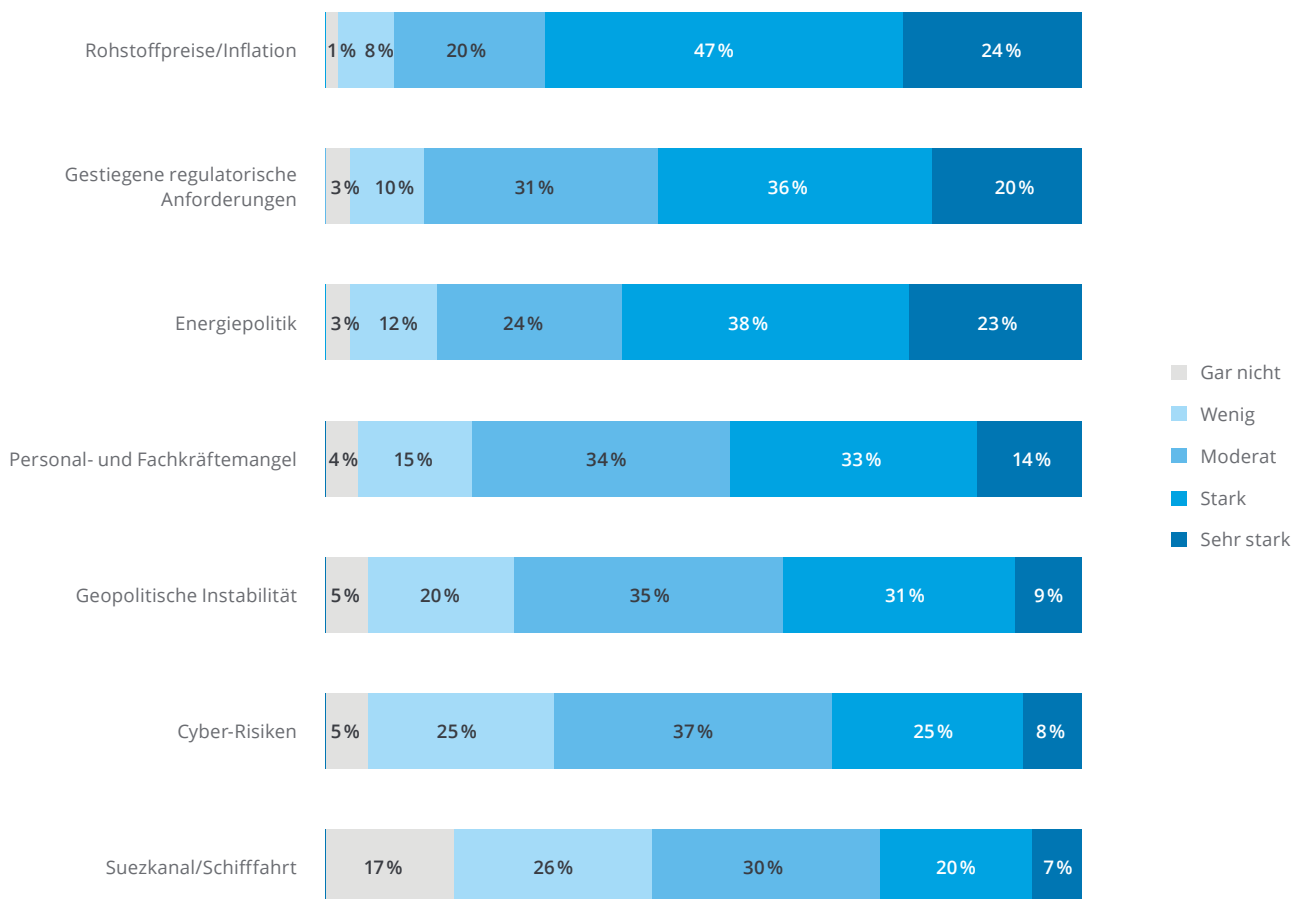


Neben den hohen Rohstoffpreisen und der drückenden Inflation sind es zunehmend auch die gestiegenen regulatorischen Anforderungen, wie z.B. die Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD) der EU, welche die Lieferkettenproblematik in den Augen der Befragten stark oder sehr stark beeinträchtigen (s. Abb. 6).

Zudem erwarten die Befragten, dass sich die Energiepolitik (z.B. Energieeffizienz, Versorgungssicherheit, Klimaschutz), der Personal- und Fachkräftemangel sowie die geopolitische Instabilität (unter anderem durch Krieg in der Ukraine, Nahost-Konflikt, internationale Handelskonflikte) stark auf ihre Lieferketten auswirken werden.

Abb. 6 – Beeinträchtigung durch aktuelle Entwicklungen

Frage: Welchen Einfluss haben folgende Themen/Entwicklungen auf Ihr Unternehmen in Bezug auf die Lieferkettenthematik?



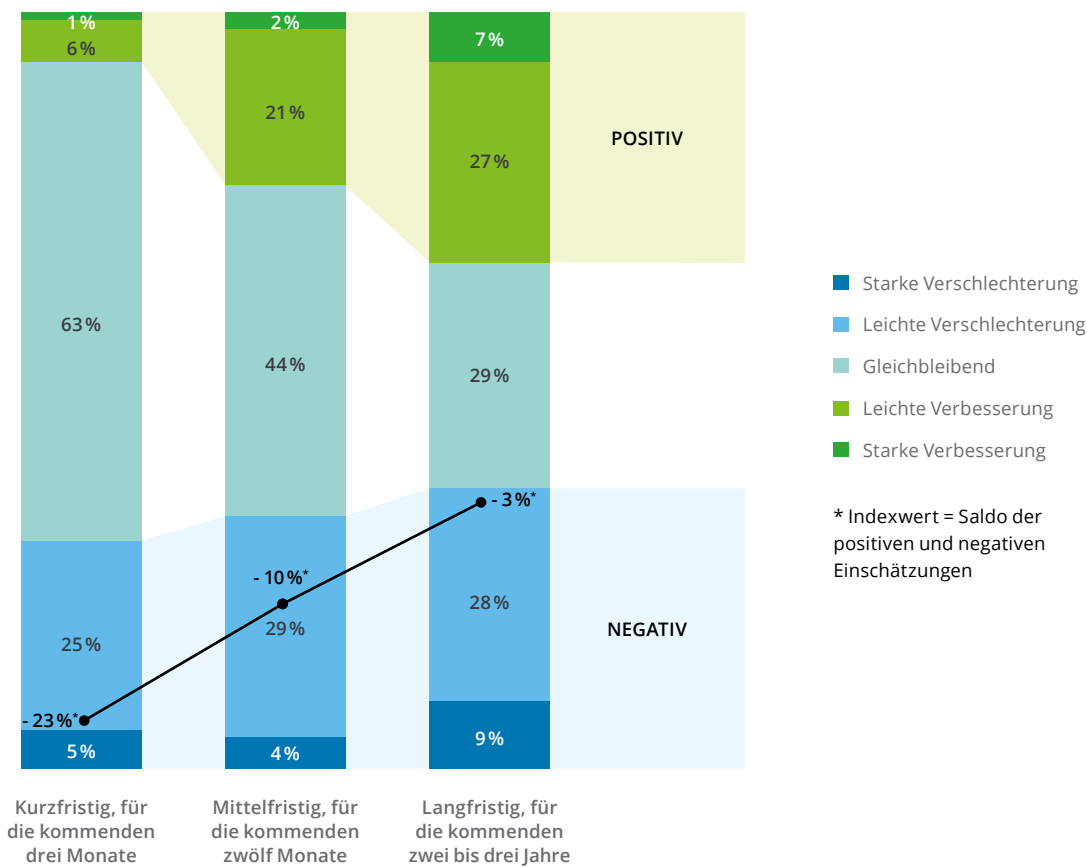
Diese Vielfalt an Herausforderungen dürfte auch zukünftig bestehen bleiben. Kurzfristig wird eine Entspannung jedenfalls nicht für wahrscheinlich gehalten: 63 % der befragten Industrieunternehmen erwarten, dass die Entwicklung bezüglich der Lieferkettenproblematik in den kommenden drei Monaten gleich bleiben wird, 30 % erwarten gar eine leichte oder starke Verschlechterung (s. Abb. 7). Unsere Indexberechnung (als Saldo der positiven und negativen Einschätzungen) ergibt einen deutlich negativen Wert von -23 % für die kommenden drei Monate.

Demnach bleibt der kurzfristige Ausblick klar negativ.

Auch mittel- und langfristig erwarten die Befragten nur eine leichte Verbesserung der Lieferkettensituation. Obwohl ein Drittel (34 %) für die kommenden zwei bis drei Jahre von einer Erholung ausgeht, befürchtet ein ähnlich großer Anteil (37 %) eine leichte oder starke Verschlechterung. Die Indexwerte für die mittlere wie auch die längere Frist bleiben jedoch beide im negativen Bereich (-10 respektive -3 %).

Abb. 7 – Lieferkettenproblematik – Zukunftseinschätzung

Frage: Welche Entwicklung erwarten Sie insgesamt bezüglich der Lieferkettenproblematik kurzfristig, mittelfristig und langfristig?



Erste Anzeichen von Produktionsverlagerungen

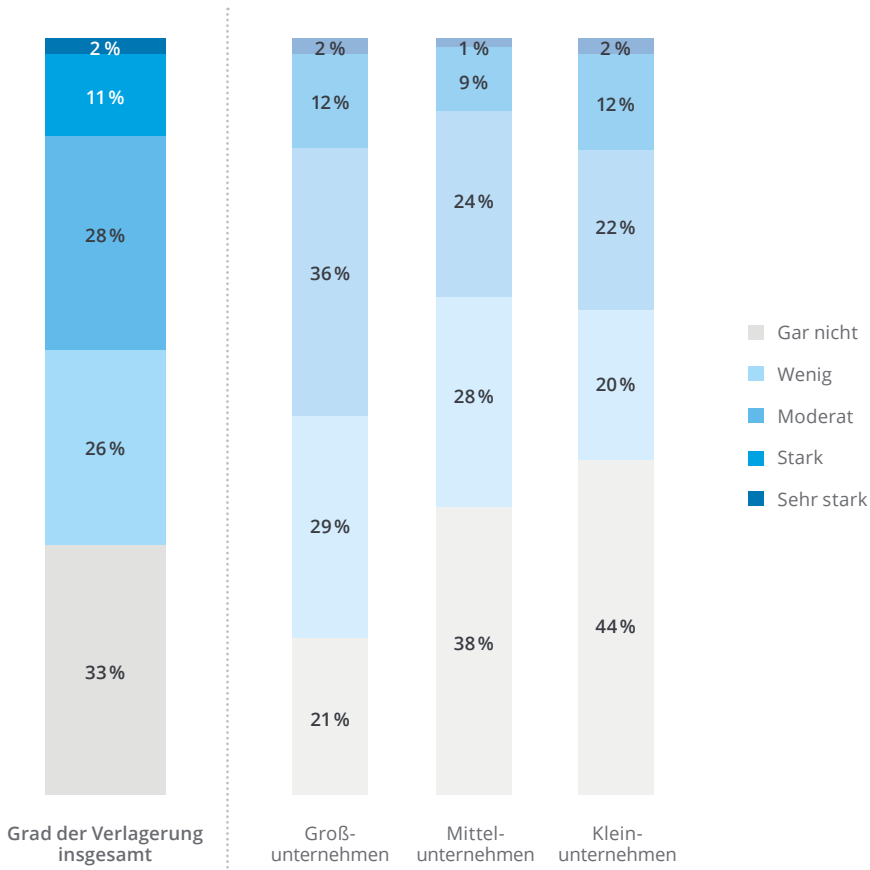
Zahlreiche Industrieunternehmen in Österreich haben bereits in den letzten Jahren vereinzelt Teile ihrer Wertschöpfungskette verlagert und planen zukünftig noch stärker Teile davon ins Ausland zu verschieben. Diese Verlegungen scheinen aber noch nicht das gleiche Ausmaß angenommen zu haben wie z.B. in Deutschland, wo gemäß dem [Deloitte Supply Chain Pulse Check Herbst 2023](#) schon mehr als zwei Drittel (67 %) der deutschen Industrieunternehmen in den vergangenen drei Jahren verlagert haben. In Österreich sind es aber im selben Zeitraum immerhin schon 41 % der

Befragten, die moderat bis sehr stark Teile ihrer Wertschöpfungskette ins Ausland verschoben haben (s. Abb. 8). Dabei ist bei Großunternehmen (50 %) die Verlagerung schon weit stärker fortgeschritten als bei Klein- (36 %) und Mittelunternehmen (34 %). Aufgrund der hohen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen Deutschland und Österreich ist zu erwarten, dass sich der Verlagerungstrend auch in Österreich weiter verstärken dürfte. Beispiele aus der Automobilindustrie, eine der Schlüsselindustrien in Deutschland, zeigen, dass Zulieferer oft gemeinsam mit Herstellern neue Märkte erschließen.



Abb. 8 - Grad der Verlagerung

Frage: In welchem Ausmaß haben Sie bereits Teile der Wertschöpfungskette in den letzten 3 Jahren verlagert?



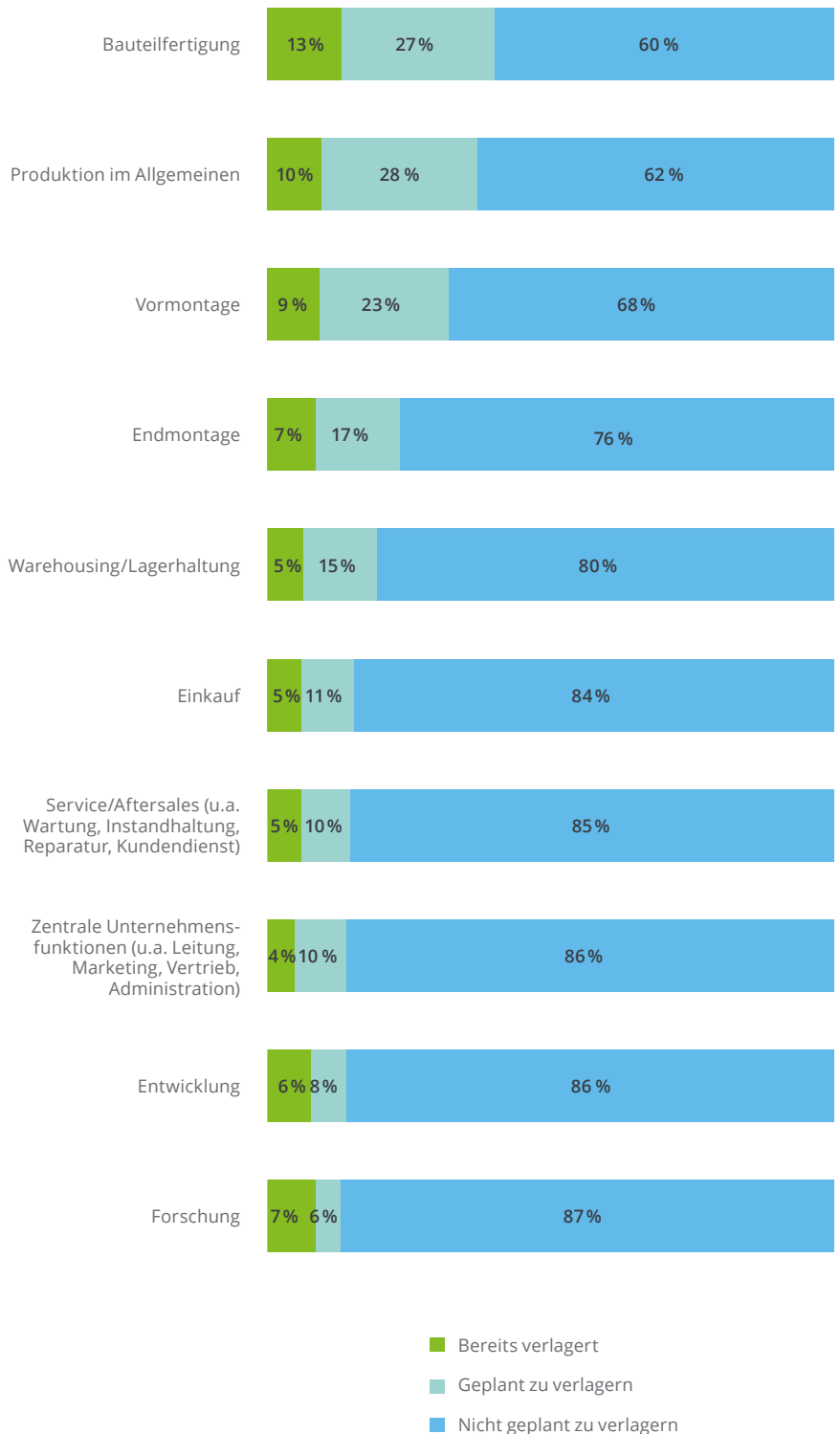
Verlagerung betrifft zunehmend hochwertigere Teile der Wertschöpfung

Industriebetriebe erwägen in den nächsten zwei bis drei Jahren zunehmend Teile der Wertschöpfung zu verlagern. Im Speziellen möchten österreichische Industrieunternehmen künftig die Verlegung der Produktion im Allgemeinen (28 % der Befragten) sowie der Bauteilfertigung (27 %) und Vormontage (23 %) weitaus stärker als in der Vergangenheit vorantreiben (s. Abb. 9). Dabei handelt es sich vorwiegend um jene Teile der Wertschöpfungskette, die besonders kostenintensiv sind. Auch in der Endmontage (17 %) sowie beim Warehousing/Lagerhaltung sind Verlegungen geplant (15 %).

Bei den Teilen der Wertschöpfungskette, die derzeit noch am wenigsten für eine Verlagerung in Betracht kommen, handelt es sich um den Einkauf, Services/ Aftersales, Forschung und Entwicklung sowie zentrale Unternehmensfunktionen, wie z.B. Leitung, Marketing, Vertrieb oder Administration. Dem Standort Österreich wird vor allem in jenen Bereichen die Treue gehalten, in denen die Standortbedingungen attraktiver wahrgenommen werden und besonders die Qualität der Arbeitskräfte eine wichtige Rolle spielt.

Abb. 9 – Verlagerung von Teilen der Wertschöpfungskette

Frage: Welche Teile der Wertschöpfungskette/Ihres Unternehmens haben Sie bereits verlagert oder planen Sie in den nächsten zwei bis drei Jahren zu verlagern?



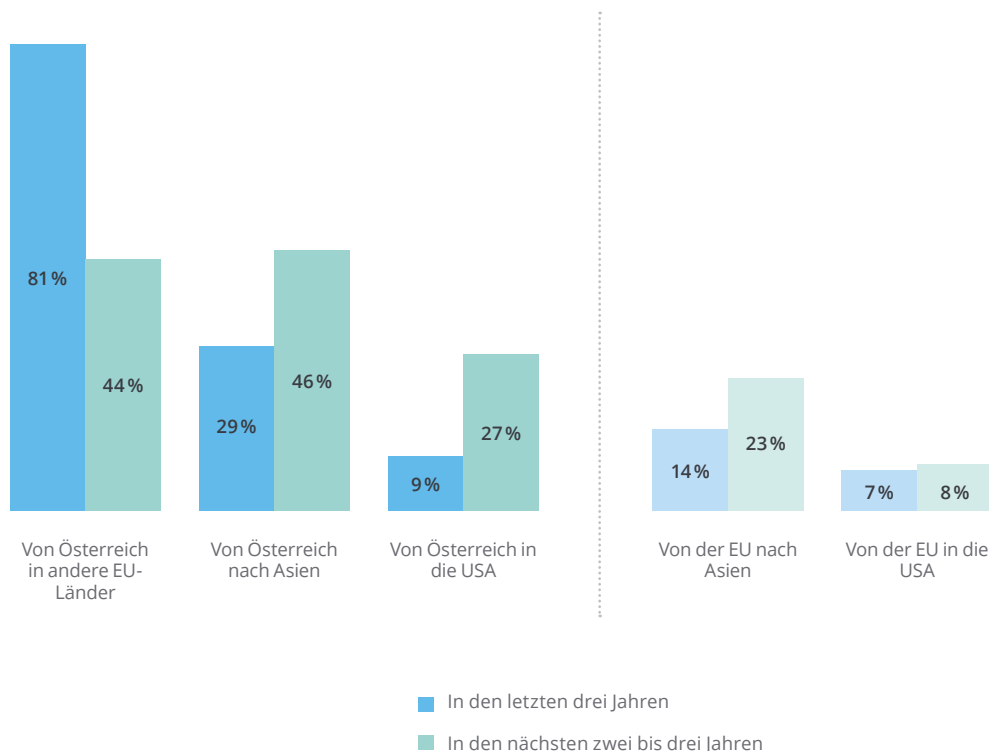
Verlagerungen verstärkt in die USA und nach Asien geplant

Auch beim geografischen Schwerpunkt der Verlagerung zeichnet sich ein klarer Trend ab (s. Abb. 10). In den letzten drei Jahren haben österreichische Unternehmen vornehmlich in andere EU-Länder oder nach Asien verlagert. Bei Unternehmen, die zum ersten Mal den Schritt ins Ausland wagen, gehen geplante Investitionen neben anderen EU-Ländern und Asien aber neuerdings verstärkt in die USA. Der Trend in

Richtung „Go West“ belegt, dass die USA mit ihrem Inflation Reduction Act (IRA) und insbesondere aufgrund der attraktiven Rahmenbedingungen, wie günstige Energiepreise und langfristige Steuergutschriften, zunehmend an Attraktivität gewinnen. Weiters bestätigen die Antworten auch den global beobachtbaren Trend des „Friendshorings“ als Folge zunehmender geopolitischer Instabilität, das heißt einer stärkeren Verlagerung in Länder, die geopolitische Verbündete sind und/oder vergleichbare Werte aufweisen.

Abb. 10 – Geografische Verlagerungstrends

Frage: Welche Verlagerungen haben in Ihrem Unternehmen bereits stattgefunden und welche Verlagerungspläne gibt es für die kommenden zwei bis drei Jahre? (Mehrfachnennungen möglich).



Anmerkung: Bei der Antwortkategorie "in den nächsten zwei bis drei Jahren" handelt es sich nur um die Unternehmen, die zum ersten Mal in die jeweilige Region im Ausland verlagern.

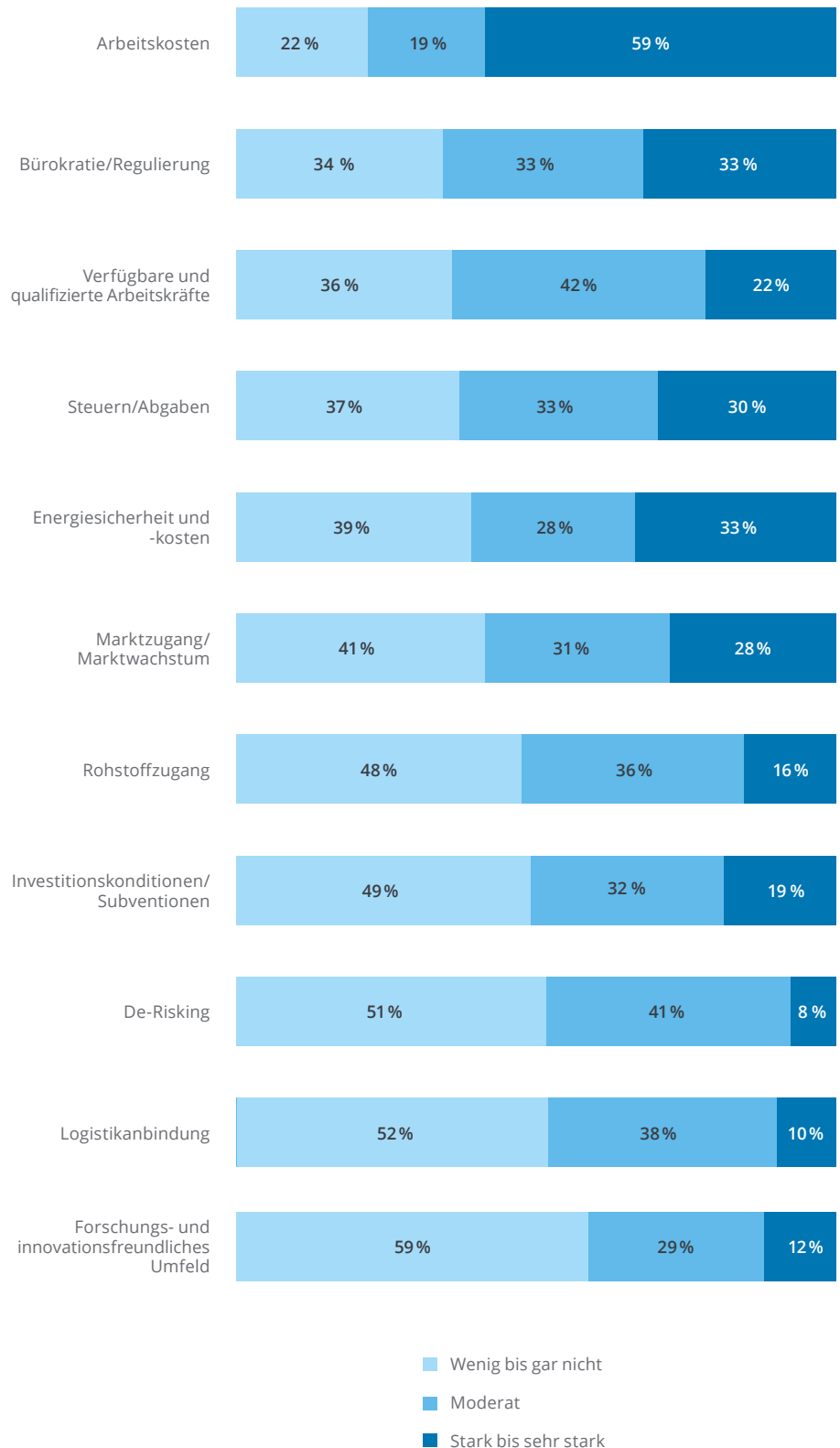
Arbeitskosten als Hauptgrund für Verlagerungen

Eine große Mehrheit (78 %) der Befragten sieht die Arbeitskosten zumindest als moderaten bis sehr starken Grund für mehr Investitionen in andere Länder (s. Abb. 11). Als weitere ausschlaggebende Motive, die von gut zwei Drittel der Befragten als moderat bis sehr stark bewertet werden, erweisen sich die Bürokratie/Regulierung, der Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften sowie Steuern und Abgaben. Energiesicherheit und -kosten sowie Marktzugang/ Marktwachstum spielen ebenfalls eine wichtige Rolle bei der Entscheidung, ob Investitionen in anderen Ländern getätigt werden oder nicht.

Rund die Hälfte der Befragten findet zudem, dass die Faktoren Rohstoffzugang, Investitionskonditionen/Subventionen, De-Risking und Logistikanbindung ihre Verlagerungsentscheidungen moderat bis sehr stark beeinflussen. Einzig beim forschungs- und innovationsfreundlichen Umfeld empfindet eine große Mehrheit (59 %), dass dieses kaum bis gar kein Verlagerungsgrund sei. Hier ist es insbesondere die Forschungsprämie als steuerliche Forschungsförderung, die den Forschungsstandort und die Forschungsaktivitäten von KMU bedeutend vorangebracht hat.

Abb. 11 – Verlagerungsgründe

Frage: Welche der folgenden Gründe bewegen Sie zu Investitionen in andere Länder?



Im Fokus

Arbeitskosten, Bürokratie und Regulierung

Die hohen Arbeitskosten in Österreich sind ein wesentlicher Faktor, der zu einer verstärkten Verlagerung von kostenintensiven Teilen der Wertschöpfungskette beiträgt. Insgesamt geben 78 % der Unternehmen die Arbeitskosten als Grund für ihre Verlagerungspläne an. 59 % der Befragten nennen sie sogar als starken bis sehr starken Grund für ihre Verlagerungspläne.

Differenziert nach Größenklassen zeigt sich, dass die Arbeitskosten insbesondere für große Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten (87 %) ein weitaus stärkerer Grund für Investitionen in andere Länder sind als für Klein- (65 %) oder Mittelunternehmen (77 %) (s. Abb. 12). Nicht-Familienunternehmen verlagern auch weitaus häufiger aus Arbeitskostengründen als Familienunternehmen. Die Auswertung nach Industriebranchen zeigt: Besonders bedeutsam sind die Arbeitskosten als Verlagerungsgrund für die Holzindustrie (85 % der Befragten) sowie für die Metalltechnische Industrie (84 %). Diese planen auch weit stärker als andere Industrien arbeitsintensive Teile der Wertschöpfung künftig auszulagern (s. nochmals Abb. 9).

Abb. 12 – Arbeitskosten als Verlagerungsgrund

Frage: Welche der folgenden Gründe bewegen Sie zu Investitionen in andere Länder?

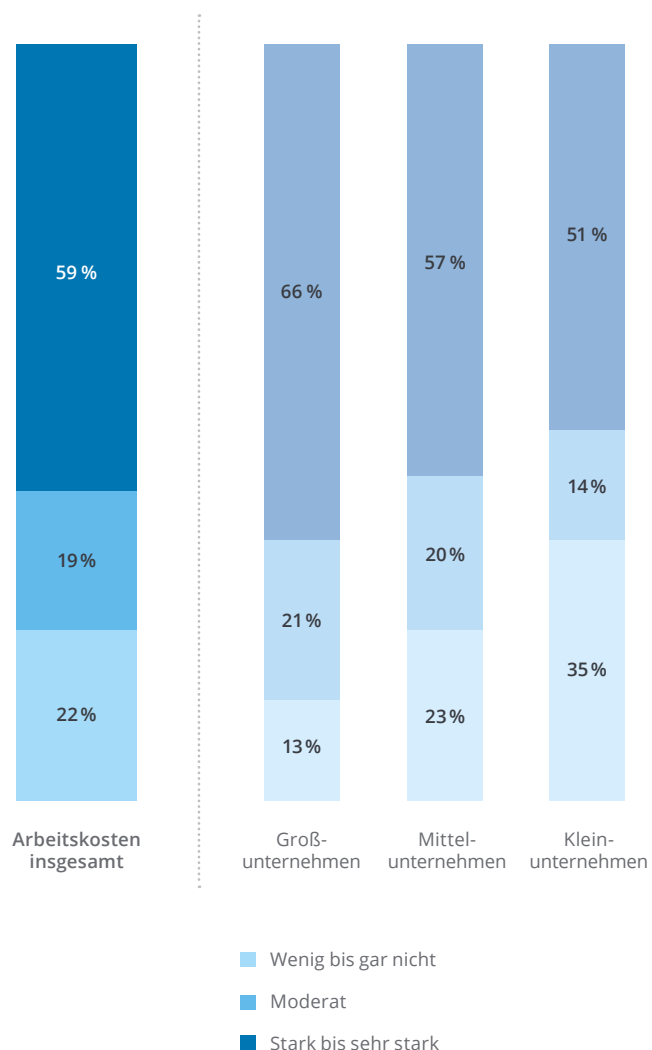
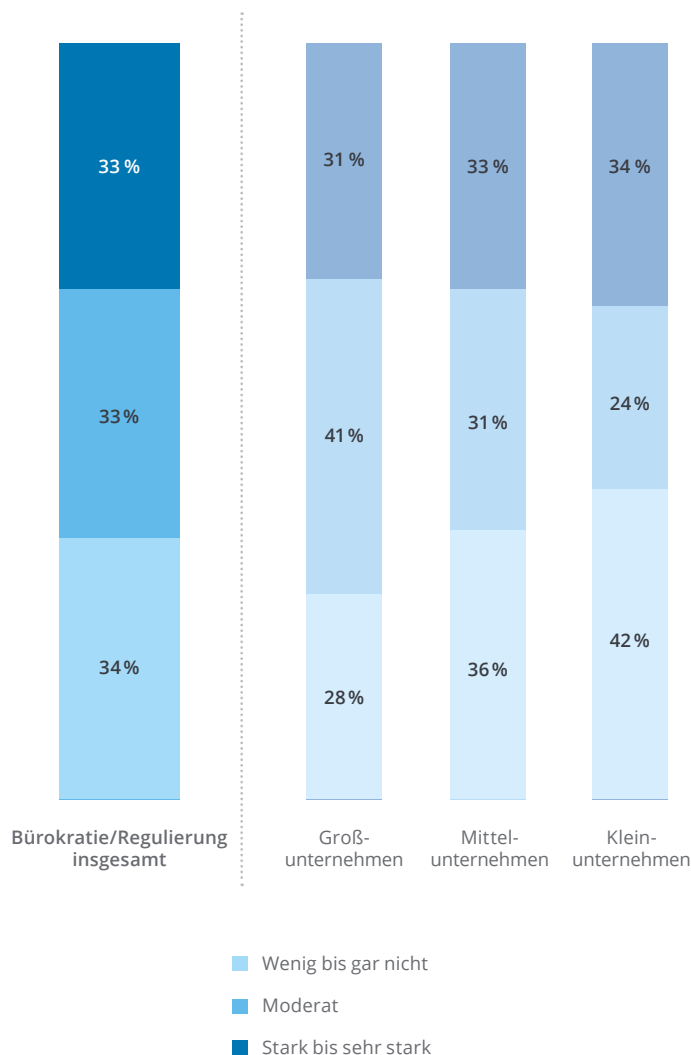


Abb. 13 – Bürokratie/Regulierung als Verlagerungsgrund

Frage: Welche der folgenden Gründe bewegen Sie zu Investitionen in andere Länder?



Hinsichtlich Bürokratie/Regulierung als Verlagerungsgrund gibt es hingegen keine wesentlichen Unterschiede in Bezug auf die Unternehmensgröße (s. Abb. 13). Auffällig ist, dass besonders Familienunternehmen häufiger Regulierungsgründe als Verlagerungsgrund angeben als Nicht-Familienunternehmen. Erhöhte Bürokratie und Regulierung werden auch am häufigsten von der Holzindustrie (80 %) und der Chemischen Industrie (78 %) als Grund für Investitionen in andere Länder genannt.

Die Zahlen zeigen deutlich, dass der Bürokratieaufwand für österreichische Industrieunternehmen sehr hoch ist. 87 % der Befragten geben an, dass der zeitliche Aufwand für Bürokratie in ihrem Unternehmen in den letzten drei Jahren (im Sinne von Erfüllungsaufwand von Gesetzen, Verordnungen, etc.) zugenommen hat – weitere 85 % betonen, dass die damit einhergehenden Kosten gestiegen sind. Mittel- und Großunternehmen beklagen dabei weit häufiger eine Zunahme des Zeitaufwandes und der Kosten der Bürokratie als Kleinunternehmen. Bei den Industrien sind die Textil-, Bekleidungs-, Schuh- und Lederindustrie sowie die Nahrungs- und Genussmittelindustrie am stärksten betroffen. Die kürzlich in Kraft getretene verpflichtende Herkunftskennzeichnung für Fleisch, Milch und Eier mag insbesondere zum höher wahrgenommenen Zeitaufwand in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie beitragen.

Rahmenbedingungen für Industrie verbesserungsbedürftig

Als wichtigste Maßnahme zur Erhöhung der Attraktivität des Industriestandorts Österreich sieht die große Mehrheit (88 %) der Befragten die Senkung der Lohnnebenkosten (s. Abb. 14). Diese werden quer über alle Größenklassen als verbesserungsbedürftig eingeschätzt: Insbesondere Mittel- (92 %) und Großunternehmen (90 %), aber auch Kleinunternehmen (83 %), fordern eine Verringerung des hohen Lohnnebenkostenanteils als positives Signal im internationalen Standortwettbewerb.

Auf Rang zwei und drei der wichtigsten Prioritäten zur Standortförderung werden von 79 % der Befragten eine vereinfachte Administration (z.B. weniger Bürokratie und Vorschriften) und von 77 % wettbewerbsfähigere Energiepreise gefordert. Bei beiden Maßnahmen gibt es keine wesentlichen Unterschiede nach Unter-

nehmensgröße. Von Industrieunternehmen aller Größenklassen mehrheitlich befürwortet werden steuerliche Entlastungen zur Erhöhung der Standortattraktivität (67 % der Befragten). Gut die Hälfte spricht sich zudem für eine vereinfachte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften (51 %) und kürzere Planungs- und Genehmigungsverfahren bei Neuansiedlungen bzw. Betriebsanlagenerweiterungen (47 %) aus. Das Thema der vereinfachten Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften ist insbesondere für Großunternehmen von großer Bedeutung. Auffallend ist auch, dass vor allem Kleinunternehmen vereinfachte Planungs- und Genehmigungsverfahren als prioritär erachten.

Von mehr als einem Drittel der Befragten werden wichtige Infrastrukturthemen, wie z.B. die Erhöhung der Energiesicherheit,

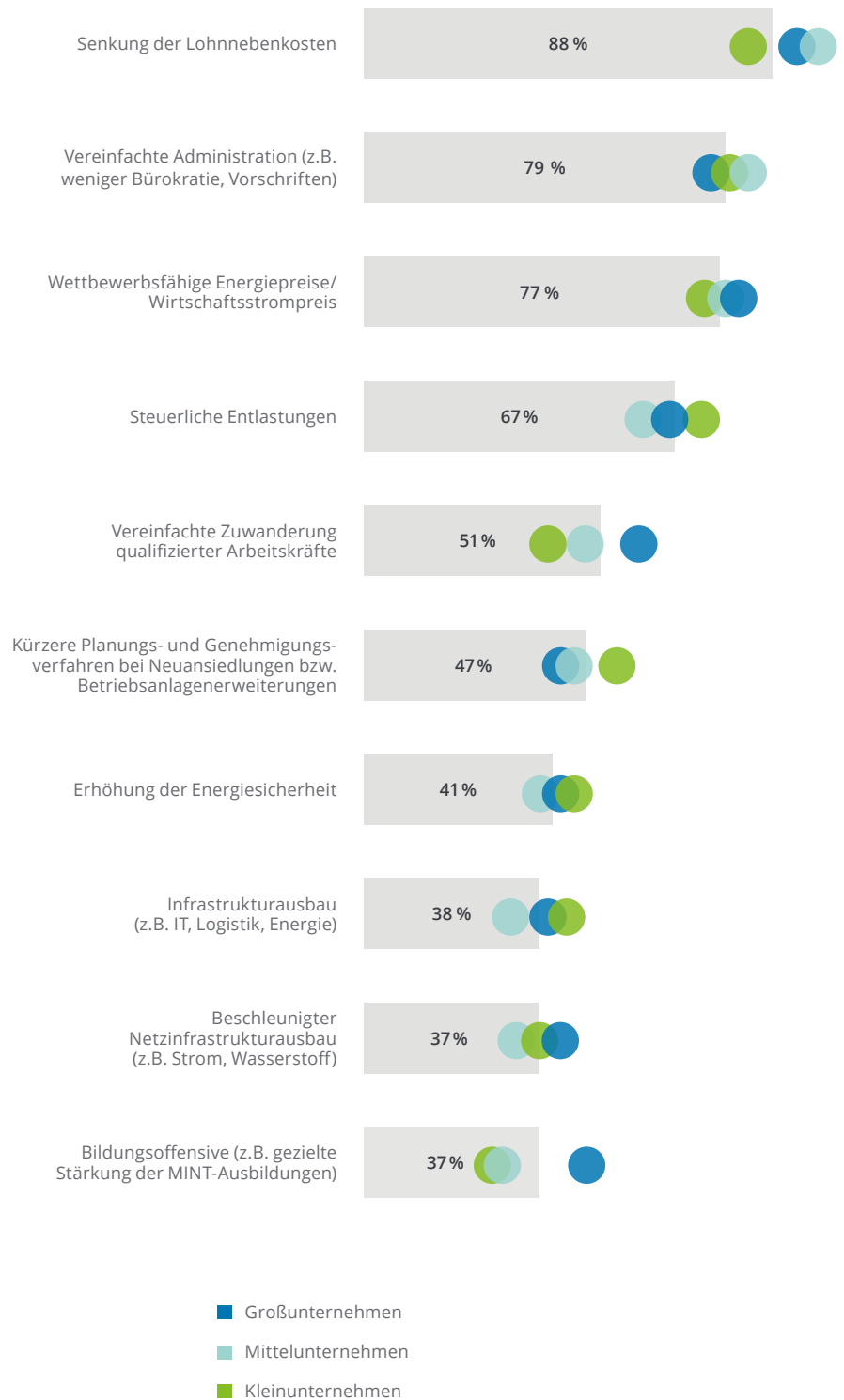
Infrastrukturausbau und beschleunigter Netzausbau, als wichtige Attraktivitätsfaktoren bezeichnet. Eine verstärkte Bildungsoffensive (z.B. die gezielte Stärkung der MINT-Ausbildung) stufen vor allem Großunternehmen (47 %) als wichtig ein.

Weitere Maßnahmen, die zwar nicht in den Top-10 erscheinen, aber trotzdem von gut einem Drittel der Befragten befürwortet werden, sind verstärkte Investitionen in Digitalisierung, wie z.B. Künstliche Intelligenz (KI) oder Industrie 5.0 (35 % der Befragten), sowie der Ausbau der sozialen Infrastruktur (32 %). Ein weiteres Viertel wünscht sich zudem eine staatliche Förderung von Schlüsseltechnologien (26 %), bessere Rahmenbedingungen für Investitionssicherheit in den Bereichen Wasserstoff und CO₂-Speicherung (23 %) sowie eine Ausweitung der Forschungsförderung (20 %).



Abb. 14 – Top-10 Maßnahmen zur Erhöhung der Standortattraktivität

Frage: Welche der folgenden Maßnahmen finden Sie besonders sinnvoll zur Erhöhung der Standortattraktivität Österreichs? (Mehrfachantworten möglich).



Zusätzlich zu diesen Verbesserungsmaßnahmen in Österreich selbst sehen die befragten Industrieunternehmen auch entsprechende Erfordernisse auf EU-Ebene, welche im globalen Wettbewerb wiederum die Rahmenbedingungen für den österreichischen Standort langfristig stärken dürften. Als direkte Antwort auf den Inflation Reduction Act (IRA) der USA beispielsweise wünscht sich gut die Hälfte (49 %) der Befragten eine schnellere, einfachere, flexiblere und voluminösere

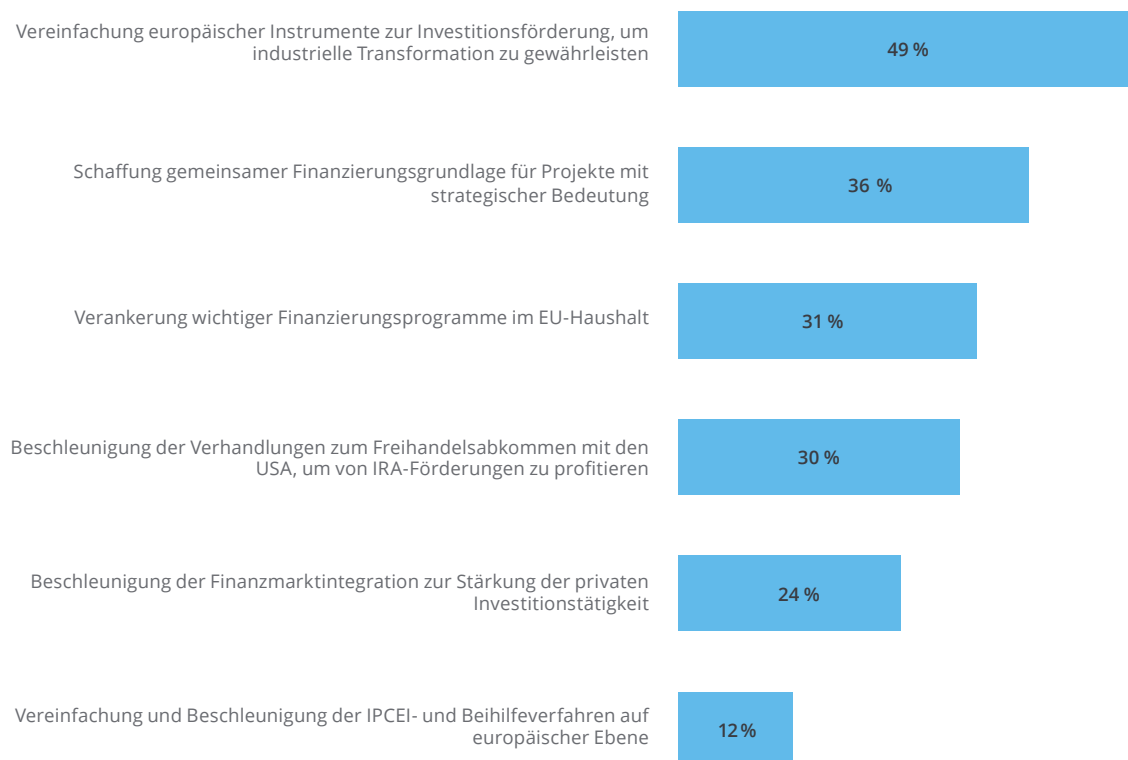
Ausgestaltung der europäischen Instrumente zur Investitionsförderung (OPEX und CAPEX), um die industrielle Transformation zu gewährleisten (s. Abb. 15).

Mehr als ein Drittel (36 %) der Befragten spricht sich zudem für eine sichere gemeinsame Finanzierungsgrundlage für Projekte mit strategischer Bedeutung aus, z.B. über die Bündelung der Gelder der europäischen Programme.

31 % der befragten Industrieunternehmen bevorzugen es, wichtige Finanzierungsprogramme im EU-Haushalt zu verankern (z.B. bei den bestehenden EU-Programmen NextGenEU, RePowerEU oder Horizon Europe). Weitere 30 % fordern eine Beschleunigung der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, um von IRA-Förderungen profitieren zu können.

Abb. 15 – Maßnahmen Subventionswettlauf

Frage: Welche Maßnahmen sollte die EU als Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA setzen? (Mehrfachnennungen möglich).



WKO- Handlungsempfehlungen für die Standortpolitik



Neben den Handlungsempfehlungen für Unternehmen gibt es auch Empfehlungen zur Verbesserung wichtiger Standortfaktoren. Denn strukturelle Standortherausforderungen wie die hohen Kosten des Faktors Arbeit, der Arbeitskräftemangel und die hohen Energiepreise gefährden in den Augen der befragten Unternehmen die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft und drohen zu langfristigen Hemmnissen für Wachstum und Wohlstand zu werden.

1. Faktor Arbeit stärker entlasten

Die große Mehrheit (88 %) der Befragten sieht die Senkung der Lohnnebenkosten als wichtigste Maßnahme zur Erhöhung der Standortattraktivität. Österreich weist bei der Belastung des Faktors Arbeit (d.h. Lohnnebenkosten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern plus Lohnsteuer) den vierthöchsten Wert im Vergleich der 38 OECD-Staaten auf.¹

Zudem sind die Löhne in Österreich während der Hochinflationsphase der letzten beiden Jahre weitaus stärker gestiegen als in der EU, zugleich hat sich aber die Produktivität in Österreich relativ zur restlichen EU schwächer entwickelt.² In diesem Zusammenhang

lassen sich die Lohnnebenkosten als zentrale wachstumspolitische Stellschraube zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und der Standortattraktivität identifizieren. Sämtliche vorhandene finanzielle Spielräume für eine Senkung der Lohnnebenkosten sollten daher ausgeschöpft und neue Potenziale durch begleitende Strukturreformen geschaffen werden. Zusätzlich sorgt die Maßnahme für eine Ausweitung der Produktionskapazitäten, einen konkurrenzfähigeren Export und eine höhere Attraktivität Österreichs für ausländische Direktinvestitionen.

2. Beschäftigung fördern und erleichtern

Als weitere wichtige Maßnahme zur Erhöhung der Standortattraktivität und Minimierung des Arbeitskräftemangels in Österreich erachtet die Hälfte (51 %) der Befragten eine vereinfachte Zuwanderung von qualifizierten Arbeitskräften als sinnvoll. Diese sollte gezielter erfolgen und beispielsweise qualifizierten Arbeitskräften aus den EU-Kandidatenländer im Balkan einen freien Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt ermöglichen – zumindest im Rahmen von Kontingenten wie in Deutschland, wo schon ein Jobangebot für den Arbeitsmarktzugang aus diesen Ländern reicht.

Eine weiterer Ansatzpunkt ist die Weiterentwicklung und Attraktivierung

der Rot-Weiß-Rot-Karte (RWR-Karte), um mehr Fachkräfte aus Drittstaaten nach Österreich zu bringen. Beispiele hier wären die Beschleunigung und Digitalisierung der RWR-Verfahren, ein Visum für die Jobsuche oder einen Aufenthaltstitel für volljährige Lehrlinge aus Drittstaaten. Generell sollte sich Österreich als Beschäftigungsort künftig viel stärker vermarkten. Hierzu müsste Österreich sich im internationalen Wettbewerb um Talente („War for Talent“) stärker differenzieren, unter anderem mittels internationaler Rekrutierungsabkommen und einer aktiveren Bewerbung des Beschäftigungsortes Österreich.



3. Energiepreise wettbewerbsfähig ausgestalten

Im Jahr 2022 kam es zu kräftigen Energiepreisanstiegen, die stark auf Europa konzentriert waren. Mittlerweile liegen die Gaspreise in der EU wieder deutlich unter den Höchstwerten von 2022, sie sind aber weiterhin um ein Vielfaches höher als in den USA. Gasfutures waren zwischenzeitlich in der EU 10-mal so teuer wie die US-amerikanischen, aktuell ist ihr Wert noch mehr als drei Mal so hoch.³ Nicht nur die Gaspreise, auch die Preise für Strom haben sich im Jahr 2022 vervielfacht. Die energieintensive Industrie in Österreich leidet besonders unter Kostennachteilen im internationalen Wettbewerb. Dass Energiesicherheit und -kosten in der Umfrage als starker Verlagerungsgrund genannt und wettbewerbsfähigere Energiepreise als zentrale Maßnahme zur Standortförderung betrachtet werden, überrascht vor diesem Hintergrund nicht. Abhilfe schaffen würden in diesem Zusammenhang mehrjährige, stabile Rahmenbedingungen, die für Planungssicherheit bei den notwendigen

Investitionen in Österreichs Energiezukunft sorgen. Mit einer verlässlichen Rahmensezung ließen sich die beiden Ziele Versorgungssicherheit und Energiewende unter Beibehaltung betrieblicher Wettbewerbsfähigkeit erreichen.

Beispiele dafür sind die Verlängerung des Strompreiskostenausgleichsgesetzes bis 2030, wie es mehrere andere EU-Mitgliedstaaten bereits umgesetzt haben, oder die EU-Verfahrensvereinfachungen und -beschleunigungen in Österreich deutlich schneller zu implementieren. Darüber hinaus gilt es, systemische Maßnahmen zur Netzkostensenkung umzusetzen. Zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung und Sicherung der österreichischen Energiezukunft sind der beschleunigte H₂-Ausbau, die Forcierung einer H₂-Importstrategie sowie die Schaffung von Möglichkeiten für Exportbetriebe, neue Wertschöpfungsketten rund um Wasserstoff zu erschließen.

4. Bürokratie weiter abbauen

Letztlich hat die Studie klar gezeigt, dass eine überbordende Bürokratie und eine hohe Regulierungsdichte eine ernstzunehmende Hürde für viele österreichische Unternehmen darstellen. Bürokratie und Regulierungen kosten Unternehmen Zeit und Geld – und damit dem Standort Wachstum. Berechnungen von EcoAustria zeigen, dass jeder Euro, der von den Unternehmen in Österreich weniger für Informations- und Erfüllungspflichten aufgewendet werden muss, mittel- bis langfristig das BIP um 1,62 Euro höher ausfallen lässt.⁴

Betriebe sollten deshalb dringend von übermäßiger Bürokratie entlastet werden, damit sie sich auf ihre unternehmerischen Kernaufgaben konzentrieren können.

Gesetzliche Regelungen, wie z.B. für Verfahrens-, Berichts-, Melde- und Informationspflichten, müssen auch von KMU unkompliziert angewendet werden können und sollten der unternehmerischen Tätigkeit eher zuträglich sein als Nachteile mit sich zu bringen. Auch gilt es, Unternehmen auf künftige regulatorische Herausforderungen bestmöglich vorzubereiten und hinsichtlich praktikabler Implementierungsmöglichkeiten zu begleiten). Zuletzt sollten auch längst überfällige Reformen forciert werden und ein „Gold Plating“ bei der Umsetzung von EU-Richtlinien unterlassen werden, um am österreichischen Wirtschaftsstandort wieder für mehr unternehmerische Freiheit zu sorgen.

1) OECD, 2023

2) Europäische Kommission Herbstprognose 2023

3) Trading Economics (EU = Dutch TTF Erdgas Futures, US = Henry Hub Erdgas)

4 EcoAustria, Standort Österreich: Neun Wegweiser für mehr Wachstum und Wohlstand, 2020

Deloitte- Handlungsempfehlungen für Unternehmen



Die Ergebnisse der vorliegenden Studie sind als Weckruf zu verstehen. Die Politik ist dringend gefordert, die Attraktivität des Industriestandorts Österreich zu erhalten und auszubauen. Aus Sicht von Deloitte gibt es aber auch für die Unternehmen einen Mix an notwendigen Strategien und Maßnahmen, um den gegenwärtigen und zukünftigen Herausforderungen aktiv zu begegnen. Denn eines ist klar: Die Zeitenwende, bedingt durch die globalen Umwälzungen und Krisen, macht die permanente Unsicherheit zur neuen Normalität.

1. Mit Digitalisierung resilienter werden

Noch mehr Fokus auf und Investitionen in Digitalisierung und Automatisierung können dazu beitragen, dass die österreichische Industrie in diesen unsicheren Zeiten flexibler agieren kann und resilienter aus Krisen hervorgeht. Die Studie zeigt, dass mehr als ein Drittel der Befragten die Notwendigkeit von mehr Investitionen in die Digitalisierung erkannt hat. Trotzdem gibt es noch Verbesserungsbedarf. Es gilt, neue Technologien in allen Teilen der Wertschöpfungskette zu nutzen – von der agilen Produktentwicklung bis zur digitalen Verwaltung. Und durch das vermehrte Auslagern von Geschäftsprozessen, die wenig zur direkten Wertschöpfung beitragen, können die Unternehmen flexibler auf Veränderungen bei der Nachfrage reagieren. Erfolgreiche

Unternehmen wachsen im Wirtschaftsaufschwung schnell mit, können aber auch – falls nötig – wieder schnell schrumpfen, indem sie etwa Überkapazitäten flexibler reduzieren. Die jährliche Mittelfristplanung, die in den vergangenen Jahren meist auf 24 bis 36 Monate ausgerichtet war, hat sich im Zeichen der neuen Normalität der Unsicherheiten („New Normal“) zunehmend auf 12 oder noch weniger Monate verkürzt.

Digitalisierung und Automatisierung unterstützen nicht nur bei der Skalierung, sondern helfen auch, Prozesse zu optimieren und Kosten zu reduzieren. Die Transformation zu einem digitalen Unternehmen erlaubt es, die Wertschöpfung rasch an die sich verändernde Nachfrage anzupassen und

mit geringsten Grenzkosten zu skalieren. Der künstlichen Intelligenz (KI) kommt dabei eine zentrale Rolle zu: mit KI sind weitaus höhere Effizienzsteigerungen möglich als mit herkömmlicher Automatisierung.

Empfehlung:

An der Digitalisierung messen! Unternehmen sollten ihren Grad der Digitalisierung als Kennzahl in die Unternehmenssteuerung integrieren.

2. Lieferketten agil und vernetzt gestalten

Digitalisierung trägt auch dazu bei, höhere Agilität und Widerstandsfähigkeit in der Lieferkette zu erzielen. Gemäß der Studie sieht gut die Hälfte der Befragten eine Beeinträchtigung ihrer Lieferketten und mehr als ein Drittel erwartet mittel- bis langfristig eine Verschlechterung der Situation. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die nächste Krise immer schon vor der Tür steht. Neben den herkömmlichen Methoden zur Minimierung von Lieferengpässen und -ausfällen, wie etwa die Erhöhung der Lagerhaltung, Sonderfahrten oder Multisourcing, werden zukünftig vor allem digitale Technologien wichtig, um die Belastbarkeit von Lieferketten zu erhöhen. Dazu gehören der lieferkettenübergreifende Datenaustausch ebenso wie die globale Echtzeit-

Überwachung und stundenaktuelle Risikoanalysen.

Digitale Vernetzung, Big Data und Analytics erlauben es den Unternehmen nicht nur, Prozesse zu optimieren und diese in der Wertschöpfungskette effizienter zu gestalten, sondern ermöglichen insgesamt einen besseren Datenaustausch innerhalb der Lieferketten und verbessern das Risikomanagement. Erste erfolgreiche Anwendungsbeispiele von KI in der Lieferkette sind beispielsweise die bessere Vorhersage der künftigen Nachfrage oder die Optimierung von Routen. Neben der Lieferkettenplanung und -logistik prägt KI auch zunehmend die Beschaffungsprozesse. KI-gestützte Systeme können nicht nur riesige

Datenmengen von Lieferanten, Preistrends und Marktdynamiken analysieren, sondern auch Risiken bei Lieferanten identifizieren und alternative Lieferanten evaluieren.

Empfehlung:

Raus aus dem Notfallmodus! Investitionen in digitale, KI-gestützte Systeme zur agilen Steuerung und Überwachung der Lieferkette stärken die Resilienz und Zukunftsfähigkeit der Unternehmen.

3. Nachhaltigkeits-Regulierung: aus der Not eine Tugend machen

Die große Mehrheit der Befragten empfindet den allgemeinen Bürokratieaufwand und neue regulatorische Anforderungen als Belastung, wobei insbesondere die Zunahme des zeitlichen Aufwandes und die gestiegenen Kosten betont werden. Berichtspflichten, die sich etwa aus der CSRD (Corporate Sustainability Reporting Directive) ergeben, werden von vielen Unternehmen als große zusätzliche Kostenbelastung wahrgenommen, welche die eigentliche Geschäftstätigkeit behindern. Dazu kommt, dass sich global ein Trend steigender Anforderungen im Nachhaltigkeitsbereich abzeichnet. So arbeitet die EU gemeinsam mit China an einer Vereinheitlichung der Taxonomieverordnung, und Länder wie Kanada, Australien und Japan arbeiten an CSRD-vergleichbaren Standards. Es wird also in diesem Bereich für die Unternehmen nicht einfacher werden.

Gleichzeitig ergibt sich durch die neuen Vorgaben auch die Chance,

die Transformation der eigenen Geschäftstätigkeit in Richtung neuer und zukunftsfitter Geschäftsmodelle voranzutreiben. Die Regularien erfordern eine intensive Beschäftigung mit der eigenen Wertschöpfungskette aus bisher nicht oder nur eingeschränkt betrachteten Blickwinkeln. Diese neuen Perspektiven können, frühzeitig in Angriff genommen, Möglichkeiten aufzeigen, wie sich Unternehmen neu aufstellen können, um langfristig erfolgreich zu wirtschaften. Die Auseinandersetzung mit Themen des Umweltschutzes kann also auch zu einem Neudenken bestehender Strukturen und Prozesse führen. Sie kann eine „Innovationswelle“ auslösen, bei der Innovation über Unternehmensgrenzen hinweg in Netzwerken erfolgt und zu wettbewerbsfähigeren und am internationalen Markt beständigeren Produkten und Dienstleistungen führt. So können auch der Standort Österreich und seine Unternehmen langfristig an Attraktivität gewinnen.

Je früher Unternehmen diese Transformation in Angriff nehmen, desto einfacher sind die damit verbundenen Investitionen abschätzbar und planbar, was mittelfristig zu einem Wettbewerbsvorteil führen wird. Schließlich schafft die frühzeitige Beschäftigung mit potenziellen, bisher nicht berücksichtigten, Risiken die Basis für resilientere Geschäftsmodelle.

Empfehlung:

Regulierung zum eigenen Vorteil nützen! Neue Regularien können notwendige Transformationen und Innovationen anstoßen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken.

4. Arbeitskräftemangel: Attraktivität gewinnt

Die mangelnde Verfügbarkeit an qualifizierten Arbeitskräften und die hohen Arbeitskosten in Österreich sind für die Mehrheit der befragten Unternehmen eine zentrale Herausforderung und für einige bereits Grund dafür, Teile der Wertschöpfungskette in andere Länder zu verlagern. Die wichtigsten politischen Maßnahmen, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurden bereits genannt. Aber auch die Unternehmen selbst können aktiv werden und Lösungen entwickeln, um wettbewerbsfähig zu bleiben.

Wichtigste Voraussetzung dafür ist eine an den unternehmerischen Herausforderungen ausgerichtete Personalstrategie, die relevante Stellschrauben identifiziert und den Fokus auf besonders gefragte Beschäftigungsgruppen legt.

Um ihren Personalmangel zu lindern, sollten Unternehmen alle Möglichkeiten nutzen, sich als attraktiver Arbeitgeber auch für Mitarbeiter:innen aus anderen Regionen oder dem Ausland zu positionieren. Dazu gehören Maßnahmen, wie Investition in

Mitarbeiter:innen-Wohnungen, Unterstützung bei der Kinderbetreuung und beim Umgang mit Behörden oder auch Unterstützung bei der Anreise.

Um das bestehende Arbeitskräftepotenzial am Markt anzusprechen, hat sich eine Reihe von Maßnahmen bewährt. Unternehmen müssen auf die veränderten Erwartungen von Mitarbeiter:innen eingehen und möglichst hohe Flexibilität bieten, etwa in Bezug auf Arbeitszeiten und Arbeitsorte. Auch der Fokus auf Altersdiversität ist sinnvoll, denn es gilt, für alle Generationen im Unternehmen attraktiv zu bleiben. Das kann unter anderem durch flexible Karrierewege gelingen, die im Einklang mit individuellen Lebensphasen gestaltet werden und Beschäftigte möglichst lange und wertschöpfend im Unternehmen halten.

Die Gleichzeitigkeit der rasanten Digitalisierung und des durch die demografische Entwicklung bedingten Arbeitskräftemangels in Österreich ist eine Chance, die Automatisierung von Tätigkeiten

voranzutreiben und Einsparungspotenziale zu realisieren. Um den hohen Arbeitskosten entgegenzuwirken, lohnt sich auch die Förderung der Mitarbeiter:innengesundheit im Unternehmen. Modernes Corporate-Health-Management hat sich seit der Corona-Pandemie von einem „Nice-to-have“ zu einem wichtigen Wettbewerbsvorteil entwickelt, welcher die Fluktuation und die Kosten für Krankenstände senkt. Ein großes Thema der Zukunft ist die nachhaltige Förderung der mentalen Gesundheit der Mitarbeiter:innen. Eine wertschätzende Führungskultur ist dabei ein wichtiger Präventionsfaktor.

Empfehlung:

Die Personalstrategien von Grund auf neu denken! Es gilt, innovative und flexible Angebote zu entwickeln mit dem zentralen Ziel, die Arbeitgeber-Attraktivität zu erhöhen.



Autor:innen und Ansprechpartner:innen

Deloitte Consulting



Josef El-Rayes

Partner

+43 1 537 00-2813
jel-rayes@deloitte.at



Clemens Huber

Director

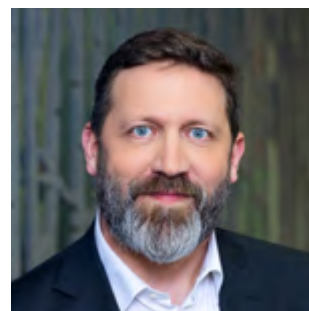
+43 1 537 00-2817
clhuber@deloitte.at



Anna Hundstorfer

Director

+43 1 537 00-2614
ahundstorfer@deloitte.at



Christoph Obermair

Partner

+43 1 537 00-2802
cobermair@deloitte.at

Wirtschaftskammer Österreich | Abteilung für Wirtschaftspolitik



Claudia Huber

Abteilungsleiterin

+43 5 90900 4243
claudia.huber@wko.at



Thomas Eibl

Abteilungsleiter Stellvertreter

+43 5 90900 3402
thomas.eibl@wko.at



Peter Obinger

Referent

+43 5 90900 4252
peter.obinger@wko.at



Deloitte.

Deloitte bezieht sich auf Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), dessen globales Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und deren verbundene Unternehmen innerhalb der „Deloitte Organisation“. DTTL („Deloitte Global“), jedes ihrer Mitgliedsunternehmen und die mit ihnen verbundenen Unternehmen sind rechtlich selbstständige, unabhängige Unternehmen, die sich gegenüber Dritten nicht gegenseitig verpflichten oder binden können. DTTL, jedes DTTL Mitgliedsunternehmen und die mit ihnen verbundenen Unternehmen haften nur für ihre eigenen Handlungen und Unterlassungen. DTTL erbringt keine Dienstleistungen für Kundinnen und Kunden. Weitere Informationen finden Sie unter www.deloitte.com/about.

Deloitte Legal bezieht sich auf die ständige Kooperation mit Jank Weiler Operenyi, der österreichischen Rechtsanwaltskanzlei im internationalen Deloitte Legal-Netzwerk.

Deloitte ist ein global führender Anbieter von Dienstleistungen aus den Bereichen Wirtschaftsprüfung, Steuerberatung, Consulting, Financial Advisory sowie Risk Advisory. Mit einem weltweiten Netzwerk von Mitgliedsunternehmen und den mit ihnen verbundenen Unternehmen innerhalb der „Deloitte Organisation“ in mehr als 150 Ländern und Regionen betreuen wir vier von fünf Fortune Global 500® Unternehmen. „Making an impact that matters“ – ca. 457.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Deloitte teilen dieses gemeinsame Verständnis für den Beitrag, den wir als Unternehmen stetig für unsere Klientinnen und Klienten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Gesellschaft erbringen. Mehr Information finden Sie unter www.deloitte.com.

Diese Kommunikation enthält lediglich allgemeine Informationen, die eine Beratung im Einzelfall nicht ersetzen können. Deloitte Touche Tohmatsu Limited („DTTL“), dessen globales Netzwerk an Mitgliedsunternehmen oder mit ihnen verbundene Unternehmen innerhalb der „Deloitte Organisation“ bieten im Rahmen dieser Kommunikation keine professionelle Beratung oder Services an. Bevor Sie die vorliegenden Informationen als Basis für eine Entscheidung oder Aktion nutzen, die Auswirkungen auf Ihre Finanzen oder Geschäftstätigkeit haben könnte, sollten Sie qualifizierte, professionelle Beratung in Anspruch nehmen.

DTTL, seine Mitgliedsunternehmen, mit ihnen verbundene Unternehmen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihre Vertreterinnen und Vertreter übernehmen keinerlei Haftung, Gewährleistung oder Verpflichtungen (weder ausdrücklich noch stillschweigend) für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der in dieser Kommunikation enthaltenen Informationen. Sie sind weder haftbar noch verantwortlich für Verluste oder Schäden, die direkt oder indirekt in Verbindung mit Personen stehen, die sich auf diese Kommunikation verlassen haben. DTTL, jedes seiner Mitgliedsunternehmen und mit ihnen verbundene Unternehmen sind rechtlich selbstständige, unabhängige Unternehmen.